

vpod
zürich

Pflichtlektion

Musikschulgesetz: Vorwärts auf Start!

Nach 10 Jahren intensiver Arbeit hat die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates das Musikschulgesetz versenkt. Doch der letzte Ton ist noch nicht gesungen. Jetzt sollen die StimmbürgerInnen entscheiden.

Rund 100 Musiklehrpersonen sangen vor dem Rathaus den Kantonsrätinnen und Kantonsräten ein Ständchen, um sie doch noch für das wichtige Musikschulgesetz zu gewinnen. Leider ohne Erfolg. Der Kantonsrat hat die wichtige gesetzliche Verankerung des Musikschulunterrichts versenkt. Für die Musikschulen, die Lehrpersonen, Eltern, Kinder und Jugendlichen im ganzen Kanton ist das eine Ohrfeige. Bis zuletzt versuchten die Musiklehrpersonen, das Unheil zu verhindern. Die bürgerlichen Parteien sahen sich jedoch auf fahrlässige Weise nicht in der Verantwortung: Die Musikschulen würden auch ohne Gesetz überleben. Dass einzelne Schulen, wie zum Beispiel das Konservatorium Winterthur, bereits jetzt ernsthaft bedroht sind, die dringend nötige Begabtenförderung gerade in einer heiklen Phase steckt und jede Gemeinde das Rad wieder selber erfinden muss, wird vom Parlament einfach ignoriert.

Gewerkschaftsfeindliche Parolen

Aus gewerkschaftlicher Sicht war das Gesetz zwar kein grosser Wurf, jedoch hätte es den Zürcher Musikschulen und Gemeinden verbindliche Vorgaben und damit auch Planungssicherheit geboten. Die minimalen gesetzlichen Grundlagen hätten die nötigen Rahmenbedingungen für die Förderung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der musikalischen Bildung festgelegt. An der bisherigen bescheidenen finanziellen Beteiligung des Kantons von nur 3,8 Prozent hätte sich nichts geändert. Weshalb fand also dieser Kompromiss keine Mehrheit? Offensichtlich ging nach der positiven und breiten Vernehmlassung ein neoliberaler Ruck durch die bürgerlichen Fraktionen. Die Freisinnigen wünschten sich (einmal mehr) Bildungsgutscheine, welche dem öffentlichen Musikschulunterricht Geld zugunsten einer unsinnigen und unsozialen Marktvariante entzieht. Die SVP, welche grundsätzlich nicht mit kulturellem Verständnis glänzt, verfiel in gewerkschaftsfeindliche Paranoia. So bezeichnete der SVP-Kantonsrat Matthias Hauser das moderate Musikschulgesetz als «ein trojanisches Pferd



für gewerkschaftliche Anliegen». Ein Hohn für alle Musiklehrpersonen, die für ihre hochwertige Arbeit nichts weniger als faire Arbeitsbedingungen fordern.

Jetzt erst recht!

Die Ablehnung im Kantonsrat macht nun aber den Weg frei für eine Volksinitiative. Spätestens seit dem überwältigenden Ja von 73 Prozent zum nationalen Verfassungsartikel zur Musikbildung ist klar, dass das Anliegen bei der Bevölkerung mehr Rückhalt geniesst. Der Verband der Zürcher Musikschulen (VZM) hat bereits beschlossen, eine Initiative zu lancieren, welche die Chancengerechtigkeit und den Zugang zur musikalischen Bildung gewährleisten soll. Auch die Musiklehrpersonen im VPOD (Gruppe MuV) werden die fehlende gesetzliche Grundlage nicht hinnehmen und sich weiterhin für die wichtige Verankerung des Musikschulunterrichts einsetzen. Dabei werden die Musiklehrpersonen ihre Anliegen nicht mit einem trojanischen Pferd, sondern offen und laut einbringen. ■

Text und Bild: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär des VPOD Zürich Lehrberufe

Die Musiklehrpersonen singen selbstkomponierte Protestlieder:

Mir wänd kei
Bildigsquetschi ha,
mir bruched jetzt es
Gsetz.

Mir wänd nöd hundert
Jährli zruigg,
mir wänd i Zuekunft
jetz!

Abbau einer Fremdsprache auf Primarstufe? Nicht mit uns.

Die LehrerInnen-Verbände ZLV, SekZH und konservative Kräfte wollen mittels Initiative eine Fremdsprache aus der Primarschule verbannen. Welche lassen sie offen. Implizit gilt der Angriff dem Französischunterricht. Ein Spiel mit dem Feuer. Der VPOD Lehrberufe will diesen Abbau verhindern.

«Rire, c'est bon pour la santé», Lachen sei gut für die Gesundheit, sagte Bundespräsident Johann Schneider-Ammann in einer Fernsehansprache zum Tag der Kranken. Tatsächlich sorgte das Video in der Schweiz

und im Ausland für grosses Gelächter. Grund dafür war nicht nur Schneider-Ammanns holprige französische Aussprache mit markantem berndeutschen Akzent, sondern die lustlose Interpretation der ansonsten klangvollen und melodischen romanischen Sprache. Auch mit Englisch be-

kunden einige PolitikerInnen mühe. Unvergesslich die englischen Stilblüten von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blochers in ihrem Managementseminar zu den «seven thinking steps»: «Se Biemer bräiks daun – wot is se först sing yu du?». Keine gute Werbung für die in der Schweiz viel gerühmte Mehrsprachigkeit, aber als unfrei-

willige kabarettistische Einlage ziemlich witzig. Nicht zu lachen ist aber die im Februar von ZLV, ZKM und SekZH eingereichte Initiative zum Abbau einer Fremdsprache auf Primarstufe. Die Initiative ist nicht nur pädagogisch falsch (vgl. Seite 4-11), sondern auch politisch dumm.

Angriff auf den Französischunterricht auf Primarstufe

Unter der Federführung des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes verlangen die InitiantInnen der Volksinitiative, dass nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden darf. Die Entscheidung ob dies Englisch oder Französisch ist, überlassen sie dem Bildungs- und dem Regierungsrat, welcher wiederum den nationalen Sachzwängen unterworfen ist. Damit tragen die InitiantInnen den nationalen «Sprachenstreit» in den Kanton Zürich und erweisen den Schulen, den SchülerInnen und den Lehrpersonen einen Bärendienst. Wie kommt es dazu, dass nach einer gleichlautenden und klar abgelehnten Initiative aus dem Jahr 2006 bereits wieder zu dieser Frage Stellung bezogen werden muss? Ende 2014 führte der ZLV eine nicht repräsentative Umfrage bei seinen Mitgliedern durch. Das Resultat ergab, dass 75 Prozent der Antwortenden nur eine Fremdsprache auf Primarstufe wollen, da innerhalb des Schulsystems keine ausreichenden zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Diese

«Die InitiantInnen giessen Wasser auf die Mühlen der konservativen Kräfte und Bildungsabbauer.»



JFU / photocase.de

Einschätzung ist sicher nicht falsch, die Vorstellung aber, dass die Verbannung einer Fremdsprache automatisch diese Probleme löst und zu einer höheren Qualität des Unterrichts führen soll, ist absurd. Bei der Frage, welche Sprache an der Primarstufe unterrichtet werden soll, sind die Teilnehmenden der Umfrage gespalten: 57 Prozent wollen nur noch Englisch und 43 Prozent sprechen sich für eine Landessprache aus. Bereits jetzt ist also klar, dass bei einem Ja zur Initiative viele Lehrpersonen ein böses Erwachen erleben werden. Der Vorstoss lässt die Gretchenfrage, ob Englisch oder Französisch verbannt wird, explizit offen, implizit gilt der Angriff aber dem Französischunterricht. Dem Fach welches bereits seit 25 Jahren ab der 5. Klasse unterrichtet wird. Ob die Abschaffung des Französischen überhaupt möglich sein wird, ist unwahrscheinlich. Bundesrat Alain Berset will solche Vorhaben mit einem nationalen Gesetz bereits im Herbst unterbinden. Damit würde ein Ja zur Initiative konsequenterweise die Abschaffung des Frühenglischen fordern, welches seit fast 10 Jahren bereits ab der 2. Klasse unterrichtet wird. Es bleibt zu hoffen, dass die InitiantInnen spätestens dann ihre Initiative zurückziehen.

Breites Verteidigungsbündnis unter Federführung des VPOD

Der ZLV wirkt in der Fremdsprachenfrage überraschend orientierungslos. So wurde stets betont, dass eine eigenständige Zürcher Lösung nicht sinnvoll ist. Mit der Initiative wird aber genau eine solche provoziert. Noch im letzten Jahr, nach der Ablehnung der SVP-Initiative im Kanton Nidwalden, sah der ZLV in einer Medienmitteilung das HarmoS-Konkordat gestärkt und forderte bessere Rahmenbedingungen für das Unterrichten von zwei Fremdsprachen auf Primarstufe. Doch was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Jetzt soll mit der Initiative eine Fremdsprache verbannt und nötigenfalls dafür auch das HarmoS-Konkordat aufkündigt werden. Das ist keine seriöse politische Arbeit, sondern ein Spiel mit dem Feuer. Die InitiatInnen giessen Wasser auf die Mühlen der konservativen Kräfte und Bildungsabbauer. Zum Glück regt sich breiter Widerstand gegen den Angriff auf den Fremdsprachenunterricht. So hat sich unter der Federführung des VPOD Lehrberufe ein breites Parteienbündnis formiert, welches sich für die Beibehaltung zweier Fremdsprachen mit verbesserten Rahmenbedingungen ausspricht. Bulldozer-Politik bei dieser sensiblen Frage ist schädlich. Es braucht jetzt die nötigen Verbesserungen an den geeigneten Stellen. Wissenschaftliche Untersuchungen und Erfahrungen zeigen, dass oft nicht die Kinder überfordert sind, sondern die Lehrpersonen zu wenig Unterstützung erhalten. Wir brauchen motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die den Primarschülerinnen und Primarschülern das Vertrauen geben, dass das Lernen von zwei Fremdsprachen eine Chance ist, die alle packen können. Eine anspruchsvolle Aus- und Weiterbildung im Bereich Sprachen führt zu einem neuen Profil der Lehrkräfte und unterstützt diese in ihrer Hauptaufgabe, die Schülerinnen und Schüler in ihren Lernprozessen zu fördern und zu fordern! ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär des VPOD Lehrberufe



Unsere Gewerkschaftssekretärin Ursula Näf zieht es beruflich an einen neuen Arbeitsort, sie hat ihre Stelle beim VPOD verlassen. Wir konnten sie jedoch an unserer GV gebührend und mit grossem Applaus verabschieden. Wir bedanken uns bei Ursi für ihren grossen Einsatz für unsere Gewerkschaftsbewegung. In ihrer Tätigkeit als Gewerkschaftssekretärin hat sie viel für den VPOD und dessen Mitglieder geleistet. So geht das Projekt mit den Vertrauensmitgliedern grossmehrheitlich aus ihrer Initiative und ihrem Engagement hervor. Auch in ihrer Arbeit in den Gruppen und mit Einzelmitgliedern konnte Ursi stets durch Kompetenz und jugendliche Frische überzeugen. Ursi wird weiterhin gewerkschaftspolitisch aktiv bleiben. Zum einen als Mitglied des Gemeinderates und zum anderen als Mitglied beim VPOD. Wir werden Ursi vermissen und wünschen ihr für ihre neue Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zürcher Staatsarchiv und in ihrem laufenden Masterstudium alles Gute.

Das Bewerbungsverfahren für die Anstellung einer neuen Sekretärin ist mittlerweile beendet. Der Vorstand konnte unter einer Vielzahl von starken Bewerbungen eine würdige Nachfolgerin für Ursi wählen. Die neue Kollegin befindet sich zurzeit noch in einer laufenden Anstellung und wird ab 1. Juli 2016 ihre Stelle als Gewerkschaftssekretärin der VPOD-Sektion Lehrberufe antreten. Für die Dauer der Vakanz ist eine interne Stellvertretung geregelt worden. Falls es trotzdem zu Verzögerungen bei der Beantwortung von Anfragen kommen sollte, bitten wir um Entschuldigung. ■

Text: **Fabio Höhener**

Bild: **Duri Beer**

Ursula Näf wird uns als engagierte Gewerkschaftssekretärin in Erinnerung bleiben. So wie hier bei der Aktion gegen den Abbau bei der Viventa.

Zukünftig findet ihr in jeder Ausgabe der Pflichtlektion an dieser Stelle einen Blick in den Unterricht unserer VPOD-Mitglieder. Ob Waldkindergarten, Gymnasium oder DaZ-Unterricht, falls du uns für eine Lektion die Türen öffnen willst, melde dich bei:

fabio.hoehener@
vpod-zh.ch

Fragwürdige Antwort des Regierungsrates

Im Herbst hat der VPOD gemeinsam mit anderen Verbänden eine Petition für eine faire Anstellung von Lehrpersonen auf der Kindergartenstufe eingereicht. Auf diese hat nun der Regierungsrat eine Antwort verfasst, die für grosses Kopfschütteln sorgt. In der Stellungnahme weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Kindergartenlehrpersonen 87 Prozent des Lohnes der Primarstufenlehrpersonen erhalten. Das ist falsch! Richtig ist, dass die Kindergartenlehrpersonen nur 87 Prozent des Lohnes ihrer eigenen, tieferen Lohnkategorie erhalten. Tatsächlich entspricht der Lohn einer Kindergartenlehrperson gerade einmal rund 82 Prozent des Lohnes einer Primarlehrperson. Aus diesem Grund hat der VPOD auch eine Lohnklage eingereicht, die beim Verwaltungsgericht hängig ist. Offenbar ist den Mitgliedern des Regierungsrates die Lohndiskriminierung gar nicht bewusst oder sie haben sich trotz Klage nicht mit der Thematik auseinandergesetzt. Schade und vor allem peinlich.

ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht verwirklichtbar ist. Durch die Inputs von Alan David Sangines und Franziska Bischofberger durften wir an unserer GV einen exklusiven Einblick in die Arbeit als Beistand oder als Lehrerin von Flüchtlingskindern erhalten. Schnell zeigte sich, dass die Zeit bei weitem nicht ausreichte, um alle Fragen zu beantworten. Der VPOD wird sich weiterhin mit diesem Thema auseinandersetzen. Gerade hat die Verbandskommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft (BEW) ein Forderungspapier dazu erarbeitet (vgl. S. 24 und 25 dieser Nummer).

BVK-Monitor

Unsere Seite zum Kampf gegen die Demontage der Pensionskasse BVK hat ein neues Erscheinungsbild und ist jetzt auch auf Tablets und Smartphones lesbar. Unter www.bvk-monitor.ch findest du aktuelle Infos, einen Proteststicker und eine umfangreiche Dokumentation zum Rentenabbau.

Flüchtlingskinder an der Schule

Wie kann die Schule Flüchtlingskinder willkommen heissen? Als Gewerkschaft im Bildungsbereich wollen wir uns intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen und klären, was es braucht, damit auch für Flüchtlingskinder der Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit, Förderung ihrer Entwicklung sowie

5. Juni 2016

EIDGENÖSSISCH

Volksinitiative «Pro Service public» **Nein**

Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» **Stimmfreigabe**

Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» **Nein**

Änderung des Asylgesetzes **Ja**

Für die weiteren Eidgenössischen und Kantonalen Vorlagen hat der VPOD keine Parole gefasst.



Agenda

Sektionsversammlung VPOD Lehrberufe
Thema: Lehrplan 21

Gast: Kathrin Schmocker, Co-Leitung Projekt Lehrplan 21, Volksschulamt
20. April 2016, 18 Uhr
Schulhaus Hirschengraben

Tag der Arbeit: 1.-Mai-Fest und Demonstration

Freitag, 29. April bis Sonntag, 1. Mai
Kasernenareal Zürich
www.1mai.ch

Kaputt gespart statt gesund gepflegt? Spar- und Steuerpolitik im Kanton Zürich

Eine Veranstaltung im Rahmen von «Hoffentlich öffentlich!»
30. April 2016, 18 Uhr
Kasernenareal Zürich (Glaspalast)

Austauschevent Vertrauensmitglieder

18. Mai 2016, 17:30 Uhr
Schulhaus Hirschengraben
Einladung und Details folgen

Gruppe Volksschule (neues Datum!), Thema: Neuer Berufsauftrag

8. Juni 2016, 18 Uhr
VPOD Sekretariat, Birmensdorferstr. 67, 5. Stock, Zürich

Abstimmungssonntag
5. Juni

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.vpod-zh.ch, **Redaktion:** Ursula Näf, Fabio Höhener, **Layout und Druck:** ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 2 / April 2016**, erscheint fünf Mal jährlich, 1. Jahrgang, Auflage: 3000